

Parteiprogramm

Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation

Präambel

Die politische Partei "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation" bekennt sich als demokratisch-republikanische Bewegung zur Republik Österreich, zum Europarat und zur Europäischen Union, sowie zur Organisation der Vereinten Nationen. Die Republik Österreich verfügt über eine historisch gewachsene, jahrhundertealte Tradition kultureller, sprachlicher, ethnischer und religiöser Vielfalt.

Diese Vielfalt ist stets eine Chance und eine Stärke gewesen. Wir möchten die diese historisch gewachsene Vielfalt bewahren und stärken. Deshalb möchten wir insbesondere die Interessen der autochthonen Minderheiten Österreichs sichtbar machen und stärken. Wir sind davon überzeugt, dass der Schutz der autochthonen Minderheiten Österreichs auch im Interesse aller Menschen in Österreich ist. Denn jeder Mensch ist einzigartig und wenn wir die sprachliche und kulturelle Vielfalt Österreichs stärken, so stärken wir auch den Respekt vor und die Freiheit des Individuums.

Die Mitglieder der "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation" lehnen alle Formen von Extremismus, Totalitarismus und Gewalt strikt ab.

Die Mitglieder der "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation" leben demokratisch-republikanische Werte und bekennen sich auf allen Ebenen zu einem friedlichen, gewaltfreien, höflichen und respektvollen Miteinander.

Eine gute Minderheitenpolitik stärkt unsere Republik und die bilateralen diplomatischen Beziehungen Österreichs zu seinen Nachbarn. Eine gute Minderheitenpolitik macht die Republik Österreich zu einem Vorbild und Motor für die europäische Integration, sowie den Frieden in Europa und der Welt überhaupt.

Wir möchten uns dafür einsetzen, dass der Status von anerkannten Minderheitensprachen auch auf autochthone Sprachen der anderen Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie ausgedehnt wird, beispielsweise Bosnisch, Italienisch, Jiddisch, Polnisch, Rumänisch, Serbisch und Ukrainisch.

Als klarer Ausdruck der parteiintern gelebten Vielfalt werden wir für den Namen und die Publikationen der Partei ebenfalls anlassbezogen ergänzend zur deutschsprachigen Fassung die Sprachen der autochthonen Minderheiten Österreichs verwenden.

Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation

Popis manjina u Austriji - Podunavska federacija

Lista e minoriteturengi anθ-i Àustria - Federacia Dunav

Zoznam menšíň v Rakúsku - Dunajská federácia

Seznam manjšin v Avstriji - Podonavska zveza

Seznam menšin v Rakousku - Dunajská federace

Ausztria kisebbségeinek listája - Duna Szövetség

Unser Parteiprogramm ist inklusiv zu verstehen. Wenn auf die Nennung mehrerer Geschlechter verzichtet wird, so geschieht dies für die bessere Lesbarkeit des Textes.

Für ein modernes, weltoffenes und innovatives Österreich!

Die politische Partei "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation" verfolgt eine ganzheitliche Strategie der Entwicklung Österreichs unter dem Motto "Innovation durch Kooperation" entlang eines vernetzten Entwicklungsprozesses, dessen Ursache-Wirkungs-Kette Maßstab für sachgerechte Entscheidungen allein zum Nutzen der Bürger Österreichs sein wird.

Folgende Programmatik in einzelnen Politikfeldern bzw. Lebensbereichen der Österreichischen Bürger soll umgesetzt werden:

Innovation durch Kooperation - für den Wirtschaftsstandort Österreich!

Auch die Österreichische Wirtschaft kann sich den Auswirkungen der internationalen Arbeitsteilung nicht entziehen. Nur wissensbasierte Industrien mit begleitenden neuen Dienstleistungen schaffen zusätzliches Wachstum und mehr Beschäftigung. Innovative Unternehmen brauchen nachhaltig günstige Bedingungen für ihre Wertschöpfungsprozesse. Ein Standort wird für Neugründungen und Ansiedlungen interessant, wenn er zukunftsorientierte Unterstützung bietet.

Österreich braucht ein sichtbares Profil als technologisches Wachstumszentrum. Aus- und Weiterbildungsangebote müssen ausgebaut und Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen auf internationalem Niveau realisiert werden.

In der Folge verschaffen technologiebasierte Firmen auch gewerblichen Mitarbeitern, Zulieferern und Dienstleistern Arbeit. Der Ausbau von Führungsindustrien muss an den vorhandenen Stärken in Österreich ansetzen: Medizintechnik und Biotechnologie, Lebensmittel- und Umwelttechnologien sowie Logistik.

Österreich braucht mehr Innovation, um im Standortwettbewerb nach vorn zu kommen. Besondere Bedeutung haben größere Professionalität und Schnelligkeit in der unbürokratischen Kooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen, Politik und der Verwaltung. Denn der Schnelle schlägt heute den Großen, der Pfiffige den Bedenkenträger.

Wirtschaft ist überparteilich und braucht Know-how.

Innovation durch Kooperation - für den Wissenschaftsstandort Österreich!

Österreich braucht die tiefe Integration der Hochschulen und Universitätskliniken in die Landesentwicklung. Forschung und Lehre sowie Entwicklung und Anwendung müssen weiter ausgebaut werden. Nur aus einem breiten Studienangebot erwächst umsetzbare Exzellenz. Noch mehr internationale Zusammenarbeit gibt den Hochschulen Profil und Ausstrahlung etabliert Österreich als Wissenschafts- und Kulturstandort von Weltrang.

Österreich muss im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe eine anerkannt erste Adresse in ausgewählten Wissenschaftsfeldern werden. Bildung und Ausbildung von der Primärerziehung bis zur Habilitation müssen als Instrument der wirtschaftlichen Standortpositionierung gegenüber neuen, entwicklungsintensiven und wachstumsstarken Unternehmen gezielt entwickelt werden.

Innovation muss im globalen Zeitalter konsequent inszeniert werden: In der Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Innovation muss Unterstützung durch Bund, Länder, Bezirke, Landkreise, Kommunen, durch die EU und von Unternehmen einwerben. Und Innovation braucht eine effiziente Organisation mit innovationsorientierter Führung.

Wissen ist überparteilich und schafft Fortschritt.

Innovation durch Kooperation - für ein soziales Österreich!

Ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit ist erforderlich, damit die Österreichische Gesellschaft nicht auseinander fällt. Mehr als das Mindestmaß ist wichtig, um den nötigen Freiraum für die innovative Entwicklung der Republik zu gestalten. Soziale Sicherheit schafft sozialen Frieden, ein starkes Miteinander statt Gegeneinander, Verbindung statt Spaltung, Selbst- statt Fremdbestimmung.

Unsere Kinder brauchen qualifizierte Förderung in ganztagsbetreuten Kindergärten und Schulen. Integrationsmodelle für ausländische Kinder und Programme für Minder- sowie Hochbegabte sind kein Luxus sondern notwendige Zukunftsinvestitionen.

Unsere Jugend braucht mehr Freizeitangebote im sportlichen und kulturellen Bereich, um soziales Engagement systematisch lernen und stärken zu können. Die Vorbereitung auf die Berufswelt muss noch mehr Praxisbezug bekommen und neben fachlichen Fähigkeiten auch die Persönlichkeitsentwicklung unterstützen.

Familien brauchen materielle und organisatorische Entlastungen und Hilfen für Kindererziehung sowie Jugendentwicklung. Von flexiblen Arbeitszeitmodellen über familiengerechte Wohnungsangebote bis hin zur Familientherapie in Krisensituationen ist die Familienfreundlichkeit ein zentrales Entwicklungsziel für Österreich.

Im Alter müssen Selbständigkeit und Lebensqualität erhalten werden. Betreutes Leben z.B. in Alten- Wohngemeinschaften braucht qualifizierte Unterstützungsangebote mit effektiver Vernetzung von Verwaltung, Seniorenbüros, Ärzten, Pflegediensten und stationärer Versorgung.

Wir befürworten eine Praxiserprobung des Bedingungslosen Grundeinkommens in der Republik Österreich. Das Bedingungslose Grundeinkommen hat sich bei vergangenen Erprobungen in Kanada, Finnland, Namibia und anderen Ländern als ein geeignetes und nachhaltiges Mittel zur Armutsbekämpfung, zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheit und zur Verbreitung und Stärkung von Unternehmergeist erwiesen.

Sozial ist, was Beschäftigung und Unabhängigkeit schafft.

Innovation durch Kooperation - für ein Österreich der Zukunftsperspektiven!

Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Österreich hat weiterhin oberste Priorität, die dann mit fundierten und praxisgerechten Fähigkeiten und Kenntnissen unserer Arbeitnehmer besetzt werden können. Hierfür müssen Schule und Berufsausbildung in Österreich noch besser für das Berufsleben lehren, damit der Einstieg in das Arbeitsleben wirklich klappt.

Mehr Angebote für Sport, Jugendkultur und Freizeitgestaltung, aber auch soziales Engagement können Österreich noch mehr in Bewegung bringen. Ohne Kritik, Anregungen und tatkräftige Beteiligung der Jugend kommt Österreich aber nicht voran. Jugend ist die Zukunft und gibt der Republik Perspektive. Die Älteren können sie nur mit der Jugend zusammen gemeinsam gestalten.

Innovation durch Kooperation - für die Sportnation Österreich!

Anhaltender Erfolg im Leistungssport, gleich in welcher Sportart, braucht eine systematische Nachwuchsförderung. Wir brauchen mehr junge Talente, müssen die jetzigen Talente gezielt auf ihrem Weg begleiten und dafür Sorge tragen, dass der Österreichische Spitzensport wieder vermehrt auf Spieler und Einzelsportler aus eigenen Reihen zurückgreifen kann. Der Ansatz hierfür ist die Talentförderung auf einer breiten Basis des Schul- und Vereinssportes.

Breitensport, Leistungssport und professioneller Spitzensport müssen effizienter miteinander vernetzt werden. Sport ist dabei auch Gesundheitsförderung, schafft soziale Erfahrungsräume, bietet Perspektiven und gehört ganz einfach zum attraktiven Freizeitangebot einer lebendigen Gesellschaft. Teamgeist, Fairness, Leistungswille und vor allem gemeinsamer Spaß finden nirgendwo besser ihren Ausdruck als im Sport. Breiten- und Spitzensport sind die sympathischen Botschafter unserer Republik weit über die Landesgrenzen hinaus. Österreich braucht ein Sportkonzept, in dem von der Nutzung der Sportinfrastruktur über Sportprojekte bis hin zu attraktivem Spitzensport das Engagement und die Begeisterung vieler Sportfreunde gebündelt werden: Damit Österreich zu einer weltweit führenden Sportnation wird!

Unsere Zielsetzung ist, bestehende Potentiale sowie Erfahrungswerte der Vereinsverantwortlichen und Sportler besser zu nutzen und mit einem abgestimmten Konzept neue Mittel einzuwerben.

Sport ist überparteilich und braucht Leistung.

Innovation durch Kooperation - für eine lebendige Kultur!

Mythos Österreich: Über mehr als 1000 Jahre ist Österreich geprägt durch kulturelle Entwicklungsleistungen in Architektur, Literatur, Musik und bildender sowie darstellender Kunst. Seit jeher werden Politik und Bürgersinn durch Originalität inspiriert. Kulturerfahrung gestaltet die bewegende Gegenwart unserer Heimat Österreich.

Gelebte Kultur fördert kraftvoll die Eroberung der Zukunft. Kunst ist der Treibriemen für die funktionelle Erneuerung Österreichs, schafft neue Qualitäten und Perspektiven für die Balance unserer Lebenswelten.

Kultur steht dabei nicht in Konkurrenz zu Wirtschaft, Wissenschaft und Sozialität, sondern schafft vielmehr notwendige neue Orientierungen, weckt Assoziationen und Begeisterung und gibt Impulse zur sozialen Veränderung. Kultur ist ein gesellschaftlicher Prozess, der das emotionale Gegengewicht zur Rationalität von Planung und Effizienz im urbanen Wandel zum internationalen Technologie- und Logistikstandort schafft.

Österreich muss deshalb als aktives Gesamtkunstwerk über seine Landesgestalt hinaus weiterentwickelt werden: Noch mehr Innovation und verstärkte Kooperation aller Kulturbeteiligten tun not. Durch Ressourcenbündelung und besser abgestimmte Angebote kann die große Vielfalt und Qualität nicht nur erhalten, sondern insbesondere in der Kinder- und Jugendkultur noch ausgeweitet werden: Österreich als Land der künstlerischen Talente und deren Förderer.

Public-Private-Partnership und Kulturtourismus müssen als Wege zur Verbesserung der wirtschaftlichen Basis von Kultur in Österreich parallel entwickelt werden.

**Diese Programmatik wird durch folgende Handlungsorientierungen erreicht:
Österreich braucht gemeinsames Handeln!**

Eine prosperierende wirtschaftliche und soziale Gesellschaftsentwicklung erwächst nur aus planvoll abgestimmtem Handeln vieler Akteure, Beteigter wie Betroffener aus allen Lebensbereichen. Voraussetzung für die Umsetzung neuer und die Anpassung laufender Stadtentwicklung an neue Gegebenheiten ist die anregende Interaktion von Handlungs- und Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und sozialen Einrichtungen, aber auch mit den Österreichischen Hochschulen.

Ihr Treibstoff sind Phantasien, Visionen und Vorstellungskraft sowie persönliches Engagement und Risikobereitschaft. Entwicklung ist getrieben von neuen und gemeinsam wichtigen Erkenntnissen jenseits parteilicher Nutzenerwägungen und Interessenlagen. Die Bedeutung eines Technologie- und Wirtschaftsstandortes wird deshalb wesentlich von dem Grad der Überlagerung und Bündelung der Aktivitäten von engagierten Persönlichkeiten bestimmt, der Symmetrie sowie der ähnlich gelagerten Qualität und Intensität ihrer Handlungen, die eine gesamtheitliche Kontur erkennen lassen.

Ein Imperativ der Standortprofilierung liegt deshalb in der öffentlichen Ansprache sozialer und ethischer Belange und Einstellungen. Scharfsinnige und aufmerksame Beobachter der Österreichischen Entwicklung haben längst erkannt, dass die Österreichischen Entwicklungsprozesse einer neuen Kooperationskultur bedürfen, die durch Traditionen, Werte, Innovationsgeist und Geschichte sowie Kunst geprägt wird. Erfolgreiche Strategien und Handlungskonzepte adressieren immer auch kulturelle Wirkungen und Einflüsse.

Erfolgreiche Standorte können sich deshalb entgegen kurzfristiger Erwartungshorizonte - Legislaturperioden in der Politik - nicht schnell und sprunghaft entwickeln.

Sie resultieren vielmehr aus zeitintensiven, solide ausgerichteten und nachhaltig verfolgten Anstrengungen mit langfristigen Visionen im Kontext sorgsam und geduldig gepflegter Kooperationsbeziehungen.

Wirtschaftsentwicklung fokussiert und reflektiert die geschichtliche und zukunftsorientierte Dimension des Wirtschaftsstandortes Österreich in der Verbindung von Weltkulturerbe und international orientierten Technologie- und Logistik-Kompetenzzentren.

Österreichs Zukunft liegt in der technologischen Innovation, insbesondere bei der Medizintechnik und Biotechnologie, erneuerbaren Energien, sowie Transportwirtschaft, gestützt durch vielfältige Expertise u.a. in der Informatik und den Ingenieurtechniken, ergänzt und angeregt durch Kunst und Kultur.

Österreich braucht Innovation!

Das Gebot der Stunde heißt Erneuerung und Aufbruch. In diesem Punkt sind sich angesichts der anhaltenden und tief greifenden wirtschaftlichen Schwäche alle in Wirtschaft und Politik einig. Doch in Österreich erschweren vielfältige Hemmnisse, dass sich das Neue durchsetzen kann. "Wir müssen die Fähigkeit zur Innovation zurückgewinnen". Vorsprung durch Innovation ist der einzige Weg, um Wohlstand und Beschäftigung am Standort Österreich zu sichern.

Innovation ist ein Synonym für die Überlebensfähigkeit und Zukunftsorientierung von Unternehmen und Standorten geworden. Nur mit einer raschen Erneuerung ihrer Produkte und Verfahren können Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Nur mit einer hochleistungsfähigen Verwaltung können sich Staaten als Dienstleister für ihre Bürger und als Wirtschaftsstandort profilieren.

Die Kunst, sich stetig zu erneuern, lässt sich erlernen: Wer kompetent innovieren will, braucht Wissen, Können, Gespür für Zukunftsentwicklungen, Erfahrung und die Fähigkeit zum kreativen Umgang mit diesen Faktoren. In turbulenten Zeiten können nur Dienstleistungsorganisationen - und dies ist die Staatsverwaltung - erfolgreich sein, die sich schneller erneuern als andere und die es verstehen, sich durch Investitionen in zukunftsfähiges Wissen - also in die Menschen der Republik - stabile Erfolgspositionen im Standortwettbewerb zu verschaffen.

Doch Innovationsprozesse sind langwierig und mit vielen Detailproblemen der Umsetzung verbunden. Umso wichtiger ist es, Innovationen für die Gesellschaft systematisch zu entwickeln: Die Fähigkeit, Innovationen planen, durchführen, steuern und kontrollieren zu können, wird für Gemeinwesen zur Voraussetzung für künftigen wirtschaftlichen Erfolg.

Neue Ideen brauchen ein innovationsfreundliches Umfeld, damit sie Wirkung entfalten können. Österreich muss eine Innovationskultur entwickeln. Wir müssen Kreativität nicht nur fordern, sondern fördern. Eine wichtige Rolle spielen dabei die politischen Rahmenbedingungen in den gewählten Volksvertretungen. Sie können Veränderungsprozesse aufhalten oder verzögern, aber auch fördern.

In turbulenten Zeiten sind Innovationen das probate Mittel, um den Wandel aktiv zu gestalten und die Zukunft zu sichern. Die fachlich arbeitende Verwaltung und die politisch orientierten gewählten Volksvertretungen müssen in effektiver Arbeitsteilung viel reibungsloser kooperieren, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Regionale Zusammenarbeit - für die Donauföderation!

Entwicklungskorridore: Das Land ist nur so stark wie seine regionale Einbindung. Österreich ist das Herz und Hirn Europas. Darüber hinaus muss gemeinsam mit den Hochschulen sowie im Hinblick auf die Zusammenarbeit internationaler Unternehmen das Kooperations- sowie Ansiedlungs- und Gründungspotenzial ausgeschöpft werden.

Tourismus: In den tourismusrelevanten Orten und Landschaften Österreichs besteht die Notwendigkeit einer regionalen Tourismusstrategie. Damit sich diese nicht allein auf dem Aktionsniveau von Events, Buchungssystemen o.ä. bewegt, müssen inhaltlich abgestimmte Konzepte mit deutlichen Prioritätssetzungen entwickelt und nachhaltig

verfolgt werden. Kultur-, Familien-, Wellness-, Berg-, Ski- und Ökologietourismus lassen sich nur schwerlich integrieren und mit den Bedürfnissen der Naherholungssuchenden vereinbaren. Prioritäten müssen einvernehmlich unter Berücksichtigung allseitiger Win-win-Situationen herbeigeführt werden.

Österreich / Bayern: Im regionalen Kontext erschließt sich die Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern zu berücksichtigen, die die althergebrachte Rivalität dieser beiden alten, traditionsreichen Nationen überwinden muss. Gegebene Zusammenarbeitspotenziale, z.B. der Häfen, der Universitäten und Fachhochschulen sowie auch der Universitätskliniken mit ihren Campus-Standorten, aber auch im Kultur- und Sportbereich, sowie der Raumfahrt ("Bavaria One") sollten intensiviert und erweitert werden. Darüber hinaus besteht das berechtigte Anliegen der beiden Hauptstädte Wien und München, eine gleichberechtigte Profilierung ohne kontraproduktive Konkurrenzbeziehungen zu entwickeln.

Zusammenarbeit: Österreich ist zu klein, als dass es nicht die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten im Rahmen eines geeinten Europas, sowie einer "Donauföderation", d.h. einer besonderen Zusammenarbeit mit anderen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, sowie mit dem Freistaat Bayern und Baden-Württemberg wagen müsste. Die Zusammenarbeit muss dabei strikt an der Verbesserung gemeinsamer Nutzenpositionen orientiert sein und durch konkretes Verwaltungshandeln Zug um Zug umgesetzt werden.

Überregionale Sichtbarkeit: Die gedeihliche Entwicklung Österreichs hängt im wirtschaftlichen Bereich ganz maßgeblich davon ab, dass die Entwicklungsbedingungen für Gründungsunternehmen, etablierte Wachstumsunternehmen und Investoren im internationalen Standortwettbewerb deutlich verbessert werden. Die üblichen USP (unique selling propositions) für Österreich müssen klar profiliert und positioniert und in ihrer Wirksamkeit verbessert werden, damit u.a. die üblichen Rankingkriterien für Wirtschaftsstandorte erfüllt werden und Österreich wieder auf die Landkarte von produktiven Investitionsstandorten kommt. Hierzu können folgende Orientierungen beitragen:

- Entwicklung des Profils als technologisches und logistisches Wachstumszentrum im Herzen Europas
- Weitere Stärkung der logistischen Hub-Funktion zwischen Westeuropa und dem Balkan
- Positionierung des Wissenschaftsstandortes als profilerter Projektstandort für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des BMBF und der EU
- Initierung von "Leuchtturm-Projekten" mit internationaler Sichtbarkeit
- Ausbau von Österreich als Republik der Talente und Gründer durch Bündelung bislang verteilter Anstrengungen zur Unterstützung junger wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Leistungsträger
- Systematische Verknüpfung von Tourismus, Kultur und Handel im internationalen Kontext
- Ausbau und bessere Nutzung von regionalen und internationalen Partnerschaften
- Gründung von tätigen Allianzen und Netzwerken

Die Sichtbarkeit Österreichs muss regional und international deutlich gestärkt werden, um einerseits die Binnenwirtschaft in ihrer Außenwirkung zu unterstützen und andererseits nachhaltig agierende Investoren auf die Potenziale Österreichs aufmerksam zu machen.

Zusammenarbeit: Erfolgreiche Gesellschaftsentwicklungen basieren auf einer engen Vernetzung von Handlungsträgern aus Staatsverwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, sowie anderen wichtigen Lebensfeldern. Vernetzung meint, dass immer nur eine Mehrzahl von Beteiligten und Betroffenen gemeinsam Ziele besser erreicht. Vernetzung meint dabei effektive organisatorische Umsetzung von Zusammenarbeit, die sich über gemeinsame Führungsgremien, Projektgruppen bis hinein in freiwillige verbindliche Abstimmungsprozesse hineinzieht. Voraussetzung hierfür ist die vertrauensvolle und fachlich kompetente Kommunikation bzw. Abstimmung zwischen den Partnern mit gegenseitigem Verständnis der jeweiligen Handlungsrationale.

Erfahrungsbereiche: Jenseits der Entwicklung der wirtschaftlichen Basis einer Entität ist die wesentliche Zielstellung von Vernetzung, zentrale Erfahrungspotentiale im sozialen Bereich, der Kultur und beim Sport zu schaffen.

Dies betrifft wiederum vorrangig die Schaffung von gesellschaftlichen Grundwerten wie Solidarität, Gemeinnutz und Hilfsbereitschaft. Vor allem für Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeiten geschaffen werden, ihre Persönlichkeitsentwicklung in einem integrativen Umfeld zu vollziehen.

Integration: Aus der Vernetzung von Lebensbereichen resultiert auch, dass gemeinsame Wertvorstellungen und Visionen bzw. Leitbilder entwickelt werden können und durch konkretes Handeln der Beteiligten umgesetzt werden. Verbindendes, Gemeinsames und Übergreifendes müssen in ihrer Substanz erkannt und zu dauerhaften sogenannten Win-win-Situationen ausgebaut werden.

Das "Ganze" der Republik Österreich ist insoweit mehr als die "Summe" seiner Einzelteile. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Verwaltung und Politik, diese Vernetzung herbeizuführen und einvernehmlich zu entwickeln. Konkreter Ausdruck einer vernetzten Republik sind Public-Private-Partnerships. Von der gemeinsamen Beteiligung an Gesellschaften, der finanziellen Lastenteilung bei Projekten oder aber auch der gemeinsamen Einwerbung von Drittmitteln.

Betroffene zu Beteiligten machen: Vernetztes und insoweit kooperatives Handeln funktioniert immer nur mit dem Engagement einer Mehrzahl von Beteiligten. Während ohne Vernetzung bei einzelnen Handeln von Staatsverwaltung, Politik und/oder Wirtschaft etc. die jeweils Anderen "nur" Betroffene des Handelns sind, wird bei vernetztem Handeln Betroffenheit zur Beteiligung. Ungeachtet des erheblichen persönlichen Aufwandes, eine Mehrzahl von Beteiligten auch zu koordinieren und gemeinsames Handeln zu moderieren, schafft dieses bei erfolgreicher Umsetzung eine gemeinsame Aufbruchstimmung und Eigendynamik, die für erfolgreiche Gesellschaftsentwicklungen unverzichtbar sind.

Nein zu Staatsverweigerern und Reichsbürgern! - Ja zu Mikronationen!

Die Bewegung der Staatsverweigerer und Reichsbürger ist ein grässliches Phänomen des 21. Jahrhunderts. Österreich hat, auch durch das entschiedene Auftreten und harte Durchgreifen unserer Justiz gegen diese gefährlichen, antideokratischen und potenziell terroristischen Hasardeure bisher eine solch dramatisch Verbreitung wie in Deutschland

verhindern können. Das beste Mittel gegen solche Tendenzen ist immer noch ein funktionierendes Staatswesen in Form einer demokratischen Republik.

Ein Staat, der seinen Bürgern gegenüber nicht als willkürlicher, anonymer Fremdkörper auftritt, sondern mit dem sie sich wirklich identifizieren können. Ein Staat, der aktiv von seinen Bürgern gestaltet wird. Ein Staat, der seine Bürger nicht nur immer mal wieder durch Wahlen und Abstimmungen, sondern der permanent, beispielsweise durch die Miliz und Geschworene, durch ganz normale Bürger gestaltet wird.

In einer funktionierenden demokratischen Republik gibt es keinen Gegensatz zwischen Staat und Bürgern. Wir stehen dafür ein, dass die Republik Österreich eine solche demokratische Republik sein soll.

Von Staatsverweigerern und Reichsbürgern unbedingt zu unterscheiden sind indes die Mikronationen. Mikronationen, wie etwa Kugelmugel und Duckionary, leisten einen wertvollen Beitrag zur Kultur unseres Landes. Frankreich ist uns in der Hinsicht ein Vorbild. Französische Mikronationen wie die Commune libre du Safranier (Antibes), die République de Montmartre (Paris) und die République libre du Saugeais (Montbenoît) leisten seit Jahrzehnten einen wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort, die Kulturlandschaft und die regionale Identität. Mikronationen sind keine Bedrohung für ein demokratisches Staatswesen. Im Gegenteil - Mikronationen stärken es!

Für Sicherheit und eine unabhängige, bürgernahe Justiz!

Wir sehen das Geschworenen-Amt als eine große demokratische Errungenschaft an, auf die Österreich stolz sein kann. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat bei uns das Volk einen direkten Anteil an der Legislative. Wir wollen nicht denselben Fehler machen wie unsere Schweizer Nachbarn, die 2011 (außer im Kanton Tessin) leichtfertig diese Errungenschaft aufgegeben haben. Vielmehr wollen wir den Einsatz von Geschworenen in der Legislative nach angelsächsischem Vorbild noch weiter ausbauen.

Gesetze müssen konsequent angewandt werden. Zwischen einer Straftat, dem Prozessbeginn und dem Urteil sollte ein möglichst kurzer Zeitraum liegen.

Zur Verbesserung der inneren Sicherheit fahren wir eine Doppelstrategie: Einerseits die personelle Aufstockung der Wachkörper und andererseits auch die Bekämpfung von Kriminalitätsursachen. Eines der drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts ist der explosionsartige Anstieg der organisierten Kriminalität. Immer mehr - vor allem, aber nicht nur junge - Menschen, sehen die Mitgliedschaft in einer Gang bzw. mafiosen Vereinigung als eine höchst erstrebenswerte und grundsolide Perspektive für ihr Leben an. Da immer mehr Akteure in die Betätigungsfelder solcher Organisationen drängen, nimmt die Konkurrenz zu. Dies wiederum führt zu einer dramatischen Escalation der Brutalität mit der die Gangs im Kampf um Einfluss und Marktanteile vorgehen.

Regelmäßig werden tatsächliche und vermeintliche Kontrahenten der Gangs auf unvorstellbar grausame Weise gefoltert. Oft bis zum Tode. Dies ist für ein zivilisiertes Land nicht hinnehmbar. Eine starke Polizeipräsenz ist richtig und wichtig, um Straftaten zu verhindern und aufzuklären. Wir fordern da ganz klar eine personelle Aufstockung. Doch selbst wenn man versuchen würde, mit Soldaten und Panzern gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen, wäre es dennoch ein vergeblicher Kampf gegen Hydra. Dies hat

sich in der Praxis in mehreren Ländern so gezeigt. Zwei Gründe befeuern das Erstarken der organisierten Kriminalität:

- 1.) Armut bzw. ein Mangel an gut bezahlten Jobs
- 2.) Einsamkeit bzw. ein Mangel an Zugehörigkeit

Der erste Grund ist eine Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der zweite Grund ist eine Frage, die nur Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam klären können.. Es ist ganz einfach. Der Mensch ist evolutionär ein Lebewesen, welches in kleinen Gruppen, in Familienverbänden, Dörfern und Stämmen zu Hause ist. Millionen Jahre lang haben die Menschen so gelebt. Erst vor wenigen tausend Jahren begannen die Menschen im Zweistromland mit der Stadt Uruk, in größeren Städten und Staatlichen Strukturen zu leben. Doch so gern uns die Zeiten von König Gilgamesch und seinem Gefährten Enkidu heute scheinen, so sind sie doch evolutionär nur ein Wimpernschlag. In der menschlichen Psyche dominiert unverändert die tribalistische Ebene.

Dies drückt sich heute beispielsweise in der Zugehörigkeit zu politischen Organisationen, Subkulturen und Fußballclubs aus. Und eben auch in der Zugehörigkeit zu Gruppen der OK. Der Mensch ist nicht dafür gemacht, alleine und ohne ein ihn unterstützendes soziales Umfeld zu leben. Jene Einbindung, die Millionen Jahre für alle Menschen, bis auf wenige Außenseiter, die von ihrem Familienverband verstoßen und in aller Regel damit dem Tode geweiht waren, jene Einbindung in eine große Familie beziehungsweise in einen Stamm, die fehlt heute vielen Menschen. Einsamkeit und Anonymität sind eine Epidemie der modernen urbanen Gesellschaften. Gangs und Banden bedeuten - vor allem aber nicht nur - für junge Menschen ein Gefühl von Zugehörigkeit und Solidarität. Die Gemeinschaft sorgt für ihre Mitglieder, verlangt aber auch absoluten Gehorsam. Der Staat hält sich aus dieser tribalistischen Ebene komplett zurück. Wenn sich dies ändern würde, dann könnte die Anzahl der Jugendlichen und der Menschen überhaupt, die sich Gangs und anderen mafiosen Organisationen anschließen, drastisch reduziert werden.

In Österreich und Deutschland gibt es in ländlichen Gebieten die Landjugend. Die Landjugend gibt jungen Menschen auf dem Lande eine Organisation, welche ihnen ein Gefühl von Zugehörigkeit, Gemeinschaft und Zusammenhalt vermittelt. Wir schlagen die Errichtung von generationenübergreifenden Nachbarschaftszentren vor. Jeder Haushalt soll die Möglichkeit haben, die Angebote eines Nachbarschaftszentrums wahrnehmen zu können. Die Nachbarschaftszentren sollen dafür Sorge tragen, dass niemand unfreiwillig in Einsamkeit und Isolation leben muss. Die Nachbarschaftszentren sollen jedem in der jeweiligen Nachbarschaft offen stehen. Die Nachbarschaftszentren sollen Gemeinschaft bieten, Unterstützung bei persönlichen Herausforderungen und zahlreiche Aktivitäten für ein größtmögliches Interessenspektrum anbieten.

Wenn die Menschen in ein funktionierendes soziales Umfeld eingebunden sind, welches ihnen Gemeinschaft, Zugehörigkeit, sowie Unterstützung bei der persönlichen und beruflichen Entwicklung bietet, dann werden destruktive Gruppierungen dadurch als Option für Gemeinschaft und Zugehörigkeit deutlich uninteressanter. Zudem würde durch ein flächendeckendes Netz an Nachbarschaftszentren die Identifikation mit der eigenen Nachbarschaft, mit dem eigenen Stadtbezirk deutlich gestärkt werden.

Die Nachbarschaftszentren könnten in bürgerschaftlicher Initiative vor Ort dabei helfen, ihre jeweilige Gegend zu entwickeln und dadurch einen positiven Beitrag zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung von Österreichs beitragen. Wir fordern eine Strafrechtsreform. Polizei und Justiz könnten weitaus effizienter arbeiten, wenn es weniger

zu verfolgende Delikte gäbe. Dazu wollen wir die meisten opferlosen Straftaten abschaffen. Die Kriminalisierung von Drogen sorgt beispielsweise nicht dafür, dass Menschen keine Drogen nehmen. Wer Drogen nehmen will, tut es trotzdem. Das Verbot von Drogen hat vielmehr dafür gesorgt, dass die organisierte Kriminalität dadurch ein weiteres finanziell höchst einträgliches Betätigungsgebiet zur Verfügung hat und der Kampf um Marktanteile in demselben zur regelmäßigen Begehung horrender Gewalttaten führt.

Neutralität bewahren - äußere Sicherheit garantieren!

Die Neutralität Österreichs hat unserer Nation nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht, rasch wieder die vollständige Unabhängigkeit zu erlangen. Diese kostbare Neutralität Österreichs wollen wir auf jeden Fall erhalten. Wir stehen zu unserem Bundesheer und befürworten die Beibehaltung der Wehrpflicht. Unser Bundesheer soll aber unbedingt defensiv orientiert sein. Österreich soll ein Vermittler und Friedensstifter in der Welt bleiben. Österreich gehört in ein geeintes Europa, aber nicht in die NATO. Punkt.

Wir stehen zur Verantwortung für Südtirol!

Die Republik Österreich hat seit dem Gruber-De-Gasperi-Abkommen von 1946 den Schutzmachtstatus für die Republik Trentino-Südtirol inne. Jede Partei in Österreich sollte zur Verantwortung Österreichs für seit 1919 unter italienischer Herrschaft stehenden Gebiete der ehemaligen Gefürstete Grafschaft Tirol stehen. Daher fordern auch wir die Anwendung des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker auf der Grundlage des internationalen Völkerrechts und einen Ausbau der Autonomie zu Gunsten der Südtiroler und nicht der Italienischen Regierung, wie es aktuell gerade geschieht.

Wir setzen und für den Schutz und die Pflege der ursprünglichen Tiroler Identität (Kultur, Sprache, d.h. Deutsch und Ladinisch bzw. Rätoromanisch) ein.

Wir fordern den Erhalt der muttersprachlichen Schulen - nein zu gemischtsprachigen Schulexperimenten, welche durch die Hintertür eine Italianisierung Südtirols durchsetzen sollen! Auch fordern wir die Abschaffung der aufgesetzten, nur zum Schein italienischen Orts- und Flurnamen, angefangen bei der Landesteilbezeichnung "Alto Adige", die durch "Sudtirolo" zu ersetzen wäre.

Und freilich fordern wir die österreichische Staatsbürgerschaft für die Südtiroler und zwar unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit. Egal ob deutschsprachig, ladinischsprachig oder italienischsprachig - Tiroler bleibt Tiroler! Lediglich ein Stichtag müsste festgelegt werden, ab dem die Vorfahren der für die österreichische Staatsbürgerschaft qualifizierten Personen in Tirol ansässig gewesen sein müssten. Der Verzicht auf eine solche Stichtagsregelung würde ansonsten bedeuten, dass alle italienischen Staatsbürger, also etwa 60 Millionen Menschen, schlagartig die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten könnten. Wir stehen für ein Europa ohne innere Grenzen. Aber wir sind auch Realisten. Mit einer Stichtagsregelung, etwa dem 16.07.1920 (Inkrafttreten des Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye oder dem 05.09.1946 (Gruber-De-Gasperi-Abkommen) lässt sich die doppelte Staatsbürgerschaft für Südtiroler realistisch und problemlos umsetzen.

Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Wir sind grundsätzlich für eine konstruktive Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien, national wie international, offen, sofern diese keine gewalttätige, rassistische oder sonstige zerstörerische Ideologie vertreten.

Bei einer erfolgreichen Wahl in das Europäische Parlament streben wir den Beitritt zur Fraktion Renew Europe an. Diese Fraktionen im Europäischen Parlament ist von allen dort vertretenen Fraktionen diejenige, welche sich am entschiedensten von jeglichen gewalttätigen, rassistischen oder sonstige zerstörerischen Ideologien abgrenzt.

Zudem steht Renew Europe für pragmatische Lösungen und eine mutige Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses und kann als Fraktion der Mitte am ehesten dabei helfen, im zutiefst gespaltenen Parlament eine Vermittler- und Scharnierfunktion einzunehmen.

Auch dem moderaten Flügel der internationalen Bewegung der Piratenparteien, vor allem der Česká pirátská strana im benachbarten Tschechien, sowie den regionalistischen Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften, fühlen wir uns ebenfalls in besonderer Sympathie verbunden. Die Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Bewegungen darf und wird aber niemals die inhaltliche Unabhängigkeit unserer Partei beeinträchtigen. Wir stehen zu unseren Werten und diese sind uns auch wichtiger als etwaige Mandate im Europäischen Parlament.

Die "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation" unterstützt ausdrücklich die Idee, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament durch eine EU-Wahlrechtsreform künftig dauerhaft transnationale Listen einzuführen. Die Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien wird durch Wahlbündnisse, Koalitionen, gemeinsame Initiativen, gemeinsame Erklärungen, sowie die Mitarbeit in europäischen und internationalen Zusammenschlüssen von politischen Parteien praktisch umgesetzt.

Für ein Commonwealth of Europe!

Die Europäische Union kann und darf nicht so bleiben wie sie jetzt ist. Die EU hat sich von ihren hoffnungsvollen Anfängen hin zu einem Monstrum Orwellschen Ausmaßes entwickelt. Die EU in ihren jetzigen Form verschlingt viel Geld, hat eine aufgeblähte Bürokratie, macht oft idiotische, teils extrem übergriffige Vorschriften, ruiniert mutwillig die Industrie und vertritt eine konfrontative Außenpolitik.

Unsere Vision für Europa ist, dass die Europäische Union und der Europarat zu einem "Commonwealth of Europe" fusionieren. Und dieses sollte dann im Aufbau weitestgehend so wie das British Commonwealth of Nations zwischen 1931 (Statut von Westminster) und 1983 (Abschaffung der gemeinsamen "British Subject"-Staatsbürgerschaft) sein. Ja, die Anfänge des British Commonwealth of Nations waren verwerflich. Kolonialismus war und ist falsch und böse. Das ändert nichts daran, dass das British Commonwealth of Nations ein Erfolgsmodell ist. Tatsächlich ist es der völlige Gegenentwurf zum British Empire. Das British Empire eroberte und unterjochte mit einer Mischung aus grober militärischer Gewalt, List und Handel circa 25% des Planeten Erde. Der Schock, bereits relativ früh 13 nordamerikanische Kolonien durch eine antikolonialistische Revolution zu verlieren, hat bei den Briten den Grundstein dafür gelegt, ihr Empire nicht mehr straff zentralistisch zu verwalten, sondern den verschiedenen Gebieten mehr oder weniger Autonomie zu gewähren. Durch das Wirken von Persönlichkeiten wie beispielsweise Mahatma Gandhi und H. G. Wells entstand bei den Briten letztlich ein Bewusstsein dafür, dass die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung von 25% der Welt durch eine vergleichsweise kleine Inselnation himmelschreiendes Unrecht waren.

So wurde das British Empire langsam aber kontinuierlich von einem auf Imperialismus fußendem, von London aus zentral regiertem Reich zu einem freundschaftlichen und föderativen Bund von freien, gleichberechtigten Ländern. Das British Commonwealth of Nations ist ein Erfolgsmodell. Im Gegensatz zur Communauté française, die 1995 nach

Jahren des Niedergangs endgültig aufgelöst wurde, besteht das British Commonwealth of Nations weiterhin. Und nicht nur das. Selbst Länder, die niemals zum British Empire dazugehörten, wie etwa Mosambik, Ruanda und Togo, sind im Nachhinein freiwillig dem British Commonwealth of Nations beigetreten. Und weitere Länder wollen folgen.

Auch solche Mitgliedsstaaten des British Commonwealth of Nations, die lautstark das Unrecht der kolonialen Vergangenheit anprangern und von Großbritannien umfangreiche finanzielle Entschädigungszahlungen, sowie öffentliche Entschuldigungen verlangen, wie etwa Barbados und Jamaika, stellen nicht ihre Mitgliedschaft im British Commonwealth of Nations infrage. Denn das British Commonwealth of Nations ist für seine Mitglieder und alle Commonwealth Citizens ausschließlich von Vorteil.

Auch und vor allem die Bürger profitieren davon. Das Wohl des einzelnen Bürgers wird in manchen Fällen sogar über machtpolitische Entscheidungen gestellt. Das diktatorisch regierte Simbabwe etwa ist aus dem British Commonwealth of Nations ausgetreten. Trotzdem werden die Bürger von Simbabwe weiterhin als Commonwealth Citizens anerkannt. Welch ein Kontrast zu EU! 16141241 Briten und andere Commonwealth Citizens stimmten 2016 beim Brexit-Referendum für einen Verbleib in der Europäischen Union. Millionen Briten wollten die Unionsbürgerschaft der Europäischen Union behalten. Guy Verhofstadt, der Brexit-Unterhändler des Europäischen Parlaments und ehemalige Premierminister Belgiens, befürwortete die Idee, dass Briten auch nach dem Brexit auf individuellen Wunsch die Rechte von Unionsbürgern der Europäischen Union behalten sollten. Dieser Vorschlag ließ sich leider nicht umsetzen. Die EU hat alle EU-freundlichen Briten eiskalt im Stich gelassen. Ganz anders als das British Commonwealth of Nations, welches die Simbabwer nicht für die Austrittsentscheidung ihrer Regierung bestraft, sondern ihnen weiterhin die Rechte von Commonwealth Citizens zugesteht.

Im Zweifelsfall für die Bürger - daran sollte sich auch ein Commonwealth of Europe orientieren. International fördern wir die Gründung und weitere Integration von ähnlichen Zusammenschlüssen. Insbesondere die Afrikanische Union sehen wir als ein positives Beispiel. Wir Europäer können dabei auch von den Erfolgen der anderen regionalen Zusammenschlüsse lernen. Etwa der gemeinsame Reisepass der Afrikanischen Union ist eine bemerkenswerte Errungenschaft, an der sich Europa ein Beispiel nehmen sollte.

Gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik!

Der brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat gezeigt, wie leicht Minderheiten von Großmächten und extremen Nationalisten für ihre eigenen Zwecke missbraucht werden können. Deshalb ist eine zukunftsähnige und progressive Minderheitenpolitik für die vielen europäischen Minderheiten die Voraussetzung für eine Friedenspolitik in ganz Europa.

Die "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation" wurde 2025 als regionalistische Partei der autochthonen Volksgruppen Österreichs gegründet.

Das Nebeneinander von (deutschsprachig) österreichischer, kroatischer, slowenischer, ungarischer, tschechischer und slowakischer Volksgruppe sowie der Kultur der Sinti und Roma ist ein Reichtum für die gesamte Republik. Die Angehörigen unserer Minderheiten leben hier seit Jahrhunderten, verfügen über die österreichische Staatsbürgerschaft und haben dieselben Pflichten und Rechte wie die Mehrheitsbevölkerung. Für uns als Partei der autochthonen Volksgruppen Österreichs hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in Österreich einen unverändert hohen Stellenwert. Wir setzen uns für alle Minderheiten in Österreich ein und sind die starke Stimme der Minderheiten.

Ein friedliches, fruchtbare Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung setzt voraus, dass alle in ihrer Heimat mit der jeweils eigenen Sprache und Kultur leben

können. Die Sprache ist eine Grundlage von Minderheitenidentität und Kulturträgerin Nummer eins. Die Nutzung der eigenen Sprache ist ein Menschenrecht.

Für ein langes und gesundes Leben!

Schon der 1788 im Königreich Polen geborene Philosoph Arthur Schopenhauer wusste: „Die Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Zurzeit sterben täglich mehr als 100.000 Menschen an Alterskrankheiten wie Krebs, Alzheimer und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Der Hauptrisikofaktor für Alterskrankheiten ist ein hohes biologisches Alter.

Altern mit dem Reparaturansatz heilen und unbegrenzt langes gesundes Leben ermöglichen: In der Altersforschung hat sich in den letzten Jahren ein neuer Ansatz etabliert, der sogenannte Reparaturansatz (Damage Repair Approach). Beim Altern entstehen u. a. durch den ganz normalen Stoffwechsel schädliche Veränderungen im Körper, die ab einer gewissen Menge zu Alterskrankheiten führen. Durch Reparatur dieser Schäden auf molekularer und zellulärer Ebene wird man in Zukunft sehr wahrscheinlich Menschen biologisch verjüngen und damit allen Alterskrankheiten vorbeugen können. Nach einer Verjüngung würden Menschen weiter altern, da weiterhin Schäden entstehen. Wendet man dann aber die Verjüngungsmedizin, die die Wissenschaftler mit der Zeit verbessern werden, in regelmäßigen Abständen immer wieder an, könnten Menschen praktisch unbegrenzt lange leben. Dabei hätten sie das Aussehen und die körperliche sowie geistige Gesundheit und Fitness eines jungen Erwachsenen. Das Altern wäre damit sozusagen heilbar.

Der Reparaturansatz ist relativ einfach umzusetzen: Die Umkehrung des Alterns durch den Reparaturansatz ist sehr viel einfacher umzusetzen als zum Beispiel eine Verlangsamung des Alterns durch ein Eingreifen in den Stoffwechsel. Dies liegt daran, dass der Stoffwechsel sehr komplex ist und auch noch nicht ausreichend verstanden wird. Wenn man versuchen würde, den Stoffwechsel dahingehend zu verändern, dass weniger Schäden entstehen, würde das wahrscheinlich mehr Schaden anrichten als nützen, da der Stoffwechsel so verflochten, kompliziert und unverstanden ist.

Um den Reparaturansatz umzusetzen, muss man hingegen den Stoffwechsel nicht verstehen, sondern nur die Schäden kennen und wissen, wie sie repariert werden können. Alle Schäden lassen sich in eine übersichtliche Anzahl von Kategorien einteilen. Solche Kategorien sind beispielsweise Proteinverkettungen, mitochondriale Mutationen und Abfallprodukte innerhalb und außerhalb der Zellen. Man kann davon ausgehen, dass bereits alle Arten von Schäden bekannt sind und auch bekannt ist, wie man sie vom Prinzip her reparieren kann.

Bei entsprechender Finanzierung ist eine Umsetzung in ca. 10 bis 20 Jahren möglich. Wir brauchen also keine neuen bahnbrechenden Ideen oder Entdeckungen mehr, sondern müssen nur noch den Reparaturansatz umsetzen. Dies ist allerdings sehr viel Arbeit, da es tausende verschiedene Schäden gibt und für jeden Schaden eine eigene Medizin für dessen Reparatur entwickelt werden muss. Zurzeit arbeiten weltweit noch zu wenige Wissenschaftler an der Umsetzung des Reparaturansatzes, d. h. nur für einen kleinen Teil der Schäden befindet sich die Medizin bereits in Entwicklung. Wenn aber jetzt tausende Forschergruppen an der Umsetzung des Reparaturansatzes arbeiten würden und jede Forschergruppe parallel Medizin für jeweils einen anderen Schaden entwickeln würde, dann hätten wir wahrscheinlich in ca. 10 bis 20 Jahren Medizin für tausende unterschiedliche Schäden und könnten damit Menschen soweit verjüngen, dass sie nicht mehr am Altern sterben müssten.

Der Reparaturansatz ist bereits etabliert. Die wissenschaftliche Veröffentlichung "The Hallmarks of Aging", die den Reparaturansatz beschreibt, ist die meistzitierte wissenschaftliche Veröffentlichung im Bereich der Altersforschung des letzten Jahrzehnts. Zahlreiche Startups, Forschungsinstitute und universitäre Forschungsgruppen arbeiten bereits an der Umsetzung des Reparaturansatzes, nur leider bei weitem noch nicht genug. Auch immer mehr bekannte, renommierte und einflussreiche Personen und Organisationen investieren Milliarden in die Altersforschung.

Sorgen und Einwände bezüglich der Abschaffung des altersbedingten Todes stehen in keiner Relation zum heutigen Leid durchs Altern. Wenn Menschen durch die Verjüngungsmedizin für immer jung und gesund bleiben und nicht mehr am Altern sterben, werden sie theoretisch unbegrenzt lange leben, bzw. so lange, bis sie einer anderen Todesursache wie beispielsweise einem Unfall erliegen.

Natürlich können durch diese Revolution neue Probleme entstehen. Allerdings birgt jede Erfindung und Erforschung neuer Ansätze Möglichkeiten genauso wie Risiken. Wir sind der Meinung, dass die gesellschaftlichen Risiken uns nicht daran hindern sollten, Verjüngungsmedizin zu entwickeln, die das humanitäre Problem des Alterns lösen kann. Stattdessen sollten wir offen sein gegenüber der Herausforderung, zukünftige gesellschaftliche Probleme zu lösen, die mit Verjüngungsmedizin einhergehen könnten und darüber mehr miteinander in Diskussion kommen.

Für praktisch alle Probleme, die im Zusammenhang mit einer starken Lebensverlängerung genannt werden, gibt es nämlich bereits gute Lösungsansätze. Zum Beispiel lässt sich auf den Einwand der Überbevölkerung antworten, dass durch neue Technologien wie erneuerbare Energien und Fleisch aus dem Labor die Erde zukünftig sehr viel mehr Menschen verkraften kann. Und die Erfahrung aus Industrieländern zeigt, dass die Geburtenrate mit steigendem Wohlstand und Bildungsstand sinkt.

Da wir durch den Reparaturansatz bereits wissen, wie wir Verjüngungsmedizin entwickeln können und Wissenschaftler bereits daran arbeiten, ist die Frage nicht mehr, ob wir diese Medizin entwickeln können oder sollen, sondern wie schnell diese Entwicklung voranschreiten kann und wann wir von den Vorteilen dieser Entwicklung profitieren wollen. Es wäre also keine Lösung für eventuelle Probleme, wenn wir die Entwicklung der Verjüngungsmedizin nicht beschleunigen würden. Die Probleme müssten dann nur später gelöst werden. Ein weiterer Punkt ist, dass diese eventuellen Probleme in keinem Verhältnis zu dem aktuellen Problem von mehr als 100.000 Toten pro Tag durchs Altern stehen. Sie sind bei Weitem nicht so groß und könnten sehr wahrscheinlich gelöst werden, so dass sie kein Argument dafür sein können, die Entwicklung wirksamer Medizin gegen das Altern nicht zu beschleunigen. Oder anders formuliert: In einer alterungslosen Welt würden wir diese Probleme auch nicht durch die Erfindung und Einführung des Alterns und aller damit verbundenen Krankheiten lösen.

Dass manche Menschen den altersbedingten Tod so vehement verteidigen, lässt sich folgendermaßen erklären: In der Vergangenheit konnte man nichts gegen das biologische Altern tun. Gleichzeitig ist der altersbedingte Tod so schreckenerregend und der Gedanke an ihn so belastend, dass Menschen ihn verdrängen oder ihn sich schönreden, um ihre Psyche zu schützen. Das war eine vernünftige Bewältigungsstrategie, solange wir dem Altern gegenüber machtlos waren. Jetzt aber, wo wir durch den Reparaturansatz eine gute Chance haben, den altersbedingten Tod in naher Zukunft abzuschaffen, ist dieser psychologische Selbstschutz zu einem großen Problem geworden, weil er einer schnelleren Umsetzung des Reparaturansatzes im Wege steht.

Es besteht unserer Einschätzung nach aus ethischer Sicht eine hohe Dringlichkeit aus. Ausnahmslos jeder hat das Recht auf Leben. Dieses Recht verliert man nicht, wenn man alt ist. Wie viel jetzt in den kommenden Jahren in die Umsetzung des Reparaturansatzes

investiert wird, könnte für jeden Einzelnen dafür entscheidend sein, ob er zur letzten Generation gehört, die am Altern sterben muss, oder ob er zur ersten Generation gehört, die unbegrenzt lange in bester Gesundheit leben kann.

Jetzt wo wir wissen, dass wir Altern sehr wahrscheinlich in absehbarer Zukunft heilen können, ist es ein Skandal, dass nicht sehr viel mehr staatliche Investitionen in diesen Bereich fließen. Aus ethischer Sicht wäre dies dringend notwendig.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht wäre eine schnellere Entwicklung der Verjüngungsmedizin sehr vorteilhaft. Durch den Wegfall von Krankheits- und Pflegekosten würde sehr viel Geld eingespart. Außerdem wird Verjüngungsmedizin einen der größten Wirtschaftszweige der Zukunft darstellen, da jeder Mensch vom Altern betroffen ist. Wer jetzt mehr in diesen Bereich investiert, könnte in Zukunft Wissen und Medizin exportieren.

Deshalb fordert die Partei für Verjüngungsforschung, einen signifikanten Teil des Staatshaushaltes zusätzlich für die Umsetzung des Reparaturansatzes zu investieren.

Ein unbegrenzt langes gesundes Leben für alle kann auch dazu beitragen, viele andere große Probleme der heutigen Zeit zu lösen. Zum Beispiel wird oft gesagt, dass sich die ältere Generation nicht um Umwelt und Klima kümmert, weil sie die Folgen voraussichtlich selbst nicht mehr miterlebt. Wenn das stimmt, würden sich bei einer unbegrenzten Lebenserwartung sehr viel mehr Menschen um Klimaschutz Gedanken machen und ihren Beitrag zur Überwindung der Klimakrise leisten. Altern verursacht weltweit großes Leid. Wenn wir global zusammen dagegen vorgehen, kann dies die Menschheit vereinen.

Ein sozialverträglicher Klimaschutz ist möglich!

Das Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit gewinnt zunehmend an Bedeutung. Oft werden sie gegeneinander ausgespielt. Teilhabe und die soziale Gestaltung sind zentrale Bestandteile einer guten Klimaschutzpolitik. Sie sind unabdingbar für die Akzeptanz des notwendigen Transformationsprozesses und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Kosten des Klimaschutzes und die Folgen des Klimawandels dürfen Menschen mit geringem Einkommen nicht zusätzlich belasten.

Ein sozialverträglicher Klimaschutz ist möglich und der einzige Weg zu einer sozialen und klimaneutralen Gesellschaft. Aktiver Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass Menschen ihre Arbeit verlieren und die Lebenshaltungskosten weiter unkontrolliert in die Höhe schnellen. Um den Preis der Verelendung von unzähligen Menschen wird echter Klimaschutz niemals umgesetzt werden können. Wir wollen ein Pro-Kopf-Klimageld, das private Haushalte entlastet, umweltbewusstes Verhalten belohnt und die steigende CO₂-Steuer so sozialverträglich ausgestalten. Dieses Modell gibt die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung direkt an die Bürger zurück. Wir wollen klimaschädliche Subventionen beenden. Die Subventionen setzen nicht nur die falschen Anreize, sie verstärken zusätzlich häufig die bereits bestehenden Einkommensunterschiede. Die "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation" möchte Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften in die sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftssystems einbinden. Sie wissen am besten, wie die Transformation gelingen kann. Wir wollen stärkere Investitionen in Aus- und Weiterbildungsprogramme, um Beschäftigte für die Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft zu qualifizieren. Wir fordern zudem einen ehrlichen Umgang mit den wissenschaftlichen Fakten. Der Klimawandel ist real. Er ist eine Herausforderung, der wir lösungsorientiert und mit klarem Kopf begegnen müssen. Völlig übertriebene Weltuntergangsszenarien sind genauso schädlich wie Verharmlosen und Leugnen. Beides erschüttert die Glaubwürdigkeit und führt dazu, dass leider immer mehr Menschen den Klimawandel nicht mehr richtig ernst nehmen oder ihn sogar leugnen.

Mut zur Veränderung - Beständigkeit in den Werten

Politik bedeutet Veränderung. Jeden Tag, jeden Augenblick können Dinge passieren, die ein Umdenken, eine Anpassung an neue Gegebenheiten erforderlich machen. Kein menschengemachtes Parteiprogramm kann je ernsthaft den Anspruch erheben, absolut und vollständig zu sein. In Demut erkennen wir, dass sich nicht alles vorab planen lässt. Doch haben wir auf diesem Weg einen klaren Wertekompass bei uns. Und dafür haben wir uns einen Ehrenkodex gegeben, welcher unser Handeln leiten soll.

UNSER EHRENKODEX IST MEHR ALS EINE RICHTLINIE, ER IST SOZUSAGEN UNSERE VERFASSUNG. NUR WER SICH AN DIESE VERFASSUNG HÄLT, LEBT DIE WERTE, FÜR DIE UNSERE PARTEI STEHT.

DIE WESENTLICHEN ELEMENTE UNSERES EHRENKODEXES SIND:

- EINHALTUNG DER MENSCHENRECHTE, CHANCEGLEICHHEIT, TRANSPARENZ, FAIRNESS, EHRLICHKEIT SOWIE EINDEUTIGE POSITIONEN IM KAMPF GEGEN DISKRIMINIERUNG, BESTECHLICHKEIT UND KORRUPTION.
- WIR ERWARTEN VON UNSEREN MITGLIEDERN, MANDATS- UND FUNKTIONSTRÄGERN, DASS SIE NEBEN DIESEM EHRENKODEX DAS DEMOKRATISCHE PRINZIP UNSERES STAATES ACHTEN, SÄMTLICHE GESETZE BEFOLGEN, INTERESSENSKONFLIKTE VERMEIDEN UND UNSERE GESELLSCHAFTLICHEN WERTE, SITTEN UND TRADITIONEN BERÜCKSICHTIGEN.
- UNSERE MANDATSTRÄGER WERDEN KORRUPTES VERHALTEN WEDER BEI DER VERWALTUNG NOCH BEI SICH SELBST DULDEN.
- WIR BEKENNEN UNS ZU UNSERER VERANTWORTUNG, DIE MITGLIEDSCHAFT, DAS MANDAT UND DIE FUNKTION UNEIGENNÜTZIG UND ZUM WOHL UNSERER REPUBLIK ÖSTERREICH AUSZUÜBEN.

Politik ist Verantwortung

Unsere Mandats- und Funktionsträger

- 1) üben ihr Amt stets gewissenhaft aus,
- 2) missbrauchen ihr Amt nicht zu ihrem eigenen Vorteil und
- 3) geben mit ihrem Ausscheiden aus der Partei sofort alle aufgrund der Mitgliedschaft in der Partei erhaltenen Mandate und Ämter an die Partei zurück.

Politik ist Bürgernähe

- 1) Unsere Mandats- und Funktionsträger achten stets alle Anliegen der Bürger, nicht nur die medienwirksamen. Auch klein wirkende Probleme sind ernst zu nehmen, da diese für einzelne Bürger unserer Republik von großer Bedeutung sein können.
- 2) Unser vorrangiges Anliegen ist es, die Bürger in die Politik einzubeziehen. Die Nähe zum Bürger ist stets zu suchen und darf sich nicht nur auf den Zeitpunkt vor den Wahlen beschränken.
- 3) Grundlage unserer politischen Entscheidungen ist der Wille und das Interesse der Bürger. Ausschlaggebend ist stets das Gemeinwohl. Lobbyismus zugunsten einzelner Partikularinteressen hat auf unsere Entscheidungen keinen Einfluss.

Politik ist Handeln

- 1) Unsere Mandats- und Funktionsträger sind ausschließlich ihrem Gewissen, dem Bürger sowie dem Gesetz gegenüber verpflichtet. Jede Entscheidung wird gegenüber interessierten Bürgern klar und eindeutig begründet.
- 2) Unsere politischen Entscheidungen von heute dienen langfristigen Zielen. Sie orientieren sich an sämtlichen uns zur Verfügung stehenden Fakten und sachlichen Argumenten. Vorausschauendes Denken und Handeln ist zwingende Voraussetzung für unsere Entscheidungen.
- 3) Bei unseren politischen Entscheidungen spielen Parteidistanzen und Ideologien keine Rolle. Dient es dem Interesse der Bürger, streben wir partei- und fraktionsübergreifende Lösungen an.

Wir, die "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation", stehen für Bürgerbeteiligung!

Nur die demokratische Legitimierung der Entscheidungsgrundlagen, -träger und -prozesse in Staatsverwaltung und Politik, sowie die Mitwirkung der Bürger am politischen Leben unserer Republik können Qualität und konkrete Ausgestaltung der staatlichen Leistungen im Sinne des Allgemeinwohls sicherstellen. Die Bürger der Republik Österreich sind nicht Kunden ihrer Republik, sie sind die Republik; die Repräsentanten in Staatsverwaltung und Politik sind ihre demokratisch legitimierten Treuhänder.

Wir bekennen uns zur Partizipation des Bürgers am politischen Prozess. Wir respektieren und fördern ohne Einschränkung die verfassungs- und kommunalrechtlich gegebenen Möglichkeiten für die Bürger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte an der Teilhabe bei politischen Entscheidungsprozessen. Wir setzen uns daher beharrlich dafür ein, dass diese Möglichkeiten kontinuierlich weiter ausgebaut und vereinfacht werden.

Wir, die "Minderheitenliste Österreichs – Donauföderation", stehen für Transparenz!

Die Bürger haben den Anspruch, die Entscheidungsgrundlagen der Politik zu kennen und zu erfahren, welche Kriterien und Fakten bei politischen Entscheidungen zur Geltung gelangt sind.

Transparenz und Rechenschaftspflicht sind unsere Maxime.

Daher sind unsere politischen Mandatsträger der Öffentlichkeit gegenüber verpflichtet, Entscheidungen oder deren Ausbleiben im Rahmen ihrer Mandatsausübung nachvollziehbar und umfassend zu begründen.

Wir, die "Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation", sind gegen Korruption und gegen Vetternwirtschaft!

Um Interessenkonflikte zu vermeiden, verpflichten wir uns, alle beruflichen und nebenberuflichen Tätigkeiten vor der Wahl bzw. Bestellung zu einem Mandat bzw. einer Funktion anzugeben und evtl. bestehende persönliche Interessenskonflikte umgehend anzuzeigen. Interessenskonflikte können insbesondere entstehen

- 1) durch den ausgeübten Beruf,

- 2) durch die Mitgliedschaft in anderen politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Gremien, Vereinen oder Organisationen,
- 3) durch die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen,
- 4) durch die Funktion in Vereinen, vergleichbarer Gremien und sonstige ehrenamtliche Tätigkeiten und/oder
- 5) durch bestehende Berater- und Honorarverträge.

Solche Interessenskonflikte werden unverzüglich gegenüber dem Parteivorstand offengelegt. Jedes Mitglied und jeder unserer Mandats- und Funktionsträger lehnt Zuwendungen und Aufmerksamkeiten ab, die ihm aufgrund seines Amtes angetragen werden und die die Gefahr der Vorteilsnahme, Meinungsbeeinflussung bzw. Interessenkollision bedeuten können.

Wir, die Mitglieder, Funktions- und Mandatsträger der "Minderheitenliste Österreichs - Donauförderung", gehen respektvoll miteinander und mit anderen Menschen um!

Für das Verhalten aller unserer Mitglieder, Mandats- und Funktionsträger im Amt, in der Öffentlichkeit, in der Presse, in Netzwerken, Internetforen etc. gelten folgende verbindliche Regeln:

- 1) Eine respektvolle Ausdrucksweise und ein höflicher Umgang miteinander gehören zu den Grundlagen in unserer Arbeit. Es ist für uns ein Tabu, andere Menschen zu hintergehen, zu mobben oder lächerlich zu machen.
- 2) Wir vermeiden alle emotionalen Auseinandersetzungen - sowohl innerhalb der Wählergemeinschaft als auch in der Öffentlichkeit - die sich auf subjektive Empfindungen statt auf sachliche Argumentationen beziehen.
- 3) Veröffentlichungen, die gegen geltendes Recht verstößen, sind uns grundsätzlich nicht gestattet.
- 4) Für jede Art von Veröffentlichung von Daten, Informationen, Bilder und dergleichen sowie den Folgen daraus sind die Nutzer der Quellen in jeder Hinsicht selbst verantwortlich.
- 5) Im Namen der Wählergemeinschaft dürfen nur Dinge veröffentlicht werden, an denen der Veröffentlichende auch die Rechte hält bzw. niemand anderes Rechte hat. Für Veröffentlichungen mit Bezug zu Dritten ist deren Einverständnis erforderlich und einzuholen.
- 6) Rassistische, gewalttätige, politisch extremistische, sexistische, diskriminierende oder sonst anstößige Veröffentlichungen, sowie solche, die andere Personen, Volksgruppen oder religiöse Bekenntnisse beleidigen, verleumden, bedrohen oder verbal herabsetzen, sind uns nicht gestattet.
- 7) Persönliche oder private Nachrichten sind vom Empfänger vertraulich zu behandeln. Sie dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Absenders Dritten zugänglich gemacht werden.



Minderheitenliste Österreichs - Donauföderation
Stocket 17
4782 St. Florian am Inn
Republik Österreich
Kontakt: partei@duckionary.com